

# Gedanken zu einer deutschen Leitkultur

Ein Vortrag  
Vera Lengsfeld



## Einführung

*„Gedanken zu einer deutschen Leitkultur“, lautet das Thema. Ich muß gestehen, daß mich das vor erhebliche Probleme stellt. Nicht, weil dieses Thema kontrovers und meistens unsachlich diskutiert worden ist und mit der Behauptung, das Konzept einer deutschen Leitkultur spiele der „Neuen Rechten“, wer immer das sein mag, in die Hände, fast tabuisiert wurde. Nein, mein Problem ist, daß dieser Begriff, der so heftige Debatten ausgelöst hat, kaum definiert ist. Alle sprechen von Leitkultur, aber niemand sagt genau, was er darunter versteht*

Beginnen wir mit dem Islamwissenschaftler Bassam Tibi, der in seinem Buch „Europa ohne Identität“ den Begriff der europäischen Leitkultur prägte. Schon der Titel des Buches ist bezeichnend. Europa, das seit dem Mittelalter prägend für die Entwicklung der Welt, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern mit seinen Wertvorstellungen war, ist auf der Höhe seines Erfolges von Zweifeln geplagt und innerlich zerrissen. Die europäische Zivilisation hat den Bürgern der westlichen Welt einen in der Geschichte der Menschheit bisher unbekanntem Massenwohlstand und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nie dagewesene Freiheiten für alle beschert. Trotzdem schäumt in den Debatten immer eine unterschwellige Geringschätzung der Westlichen Zivilisation mit. Einer Zivilisation, die all das bietet, was für Bassam Tibi zu den unverzichtbaren Elementen einer Europäischen Leitkultur gehört: Demokratie, Laizismus, Aufklärung, Menschenrechte, individuelle Freiheit. Europa ist noch geprägt von Kulturpluralismus und einem gemeinsamen Wertekonsens. Beides macht den Erfolg der kulturellen Moderne aus. Dennoch tut sich Europa schwer, dieses Erfolgsmodell zu verteidigen. Es fällt den Europäern immer schwerer, ihre eigene Lebensweise sogar in Europa durchzusetzen.

Warum ist das so?

Das liegt vor allem daran, daß die europäische Entwicklung im vergangenen Jahrhundert zweigeteilt verlief. Neben der marktwirtschaftlich demokratischen Tradition gab es den nationalsozialistischen und den realsozialistischen Totalitarismus. Mit dem geistigen Erbe beider Spielarten des Totalitarismus muß sich Europa bis heute auseinandersetzen. Dabei geht es von Anfang an und immer noch um das Spannungsverhältnis zweier Maximen der Französischen Revolution: Freiheit und Gleichheit, wobei die Erkenntnis, daß Europa immer dann erfolgreich gewesen ist, wenn das freiheitliche Element seiner Tradition das bestimmende war, noch lange kein Allgemeingut ist. Im Gegenteil: auch nach dem schmachvollen Scheitern der sozialistischen Staats-, und Wirtschaftsdiktaturen hält sich hartnäckig vor allem im alten Europa die Ansicht, die europäische Demokratie sei nur durch Sozialstaatsmodelle zu erhalten. Das trägt in Zeiten einer immer heftiger werdenden Krise des europäischen Sozialstaates und in Anbetracht seines absehbaren Scheiterns erheblich zur geistigen Verunsicherung bei.

Die kulturelle Leitidee Europas, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft wird heute vor allem von den osteuropäischen Beitrittsländern hochgehalten.

### **Deutsche Leitkultur**

In Deutschland dagegen sind die Probleme Europas wie im Brennglas gebündelt. Hier wird der Begriff „Deutsche Leitkultur“ heftig diskutiert.

Er wurde nicht von dem CDU-Politiker Friedrich Merz geprägt, der von einer freiheitlichen, demokratischen Leitkultur sprach, sondern von Zeit-Herausgeber Theo Sommer, in der Diskussion um Integration und Kernwerte der deutschen Gesellschaft. Es ging dabei um die Frage, welche Forderungen Deutschland an seine Einwanderer stellen sollte. Diese Debatte ist erschwert durch die jahrelange Verleugnung der Tatsache, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Erst in jüngster Zeit wird das zugegeben. Allerdings verhält Deutschland sich nach wie vor nicht wie ein klassisches Einwanderungsland. Ein solches stellt hohe Anforderungen an seine Einwanderer, was ihre berufliche Qualifikation und ihre Sprachkenntnisse betrifft. Auch ist in den klassischen Einwandererländern von vornherein klar, daß sich die Zuwanderer zu integrieren haben. Nicht so in Deutschland. Hierher kommen nach wie vor offiziell nur Asylsuchende. Während sie auf ihre Anerkennung als politisch Verfolgte warten, dürfen die Einwanderer nicht arbeiten, sondern werden vom ersten Tag an vom Sozialsystem versorgt. Diese materielle Versorgung ist zum Teil erheblich besser als in den Herkunftsländern, so daß eine unbekannte aber nicht unbeträchtliche Anzahl der Einwanderungen eine in das soziale Netz unseres Landes ist. Freilich wird das nicht thematisiert, wenn man mittlerweile mit einem gewissen Stolz darauf hinweist, daß mittlerweile ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands einen „Migrationshintergrund“ hat.

Beträchtliche Teile dieser Mitbürger haben trotz jahrelangen Aufenthaltes in Deutschland die Sprache nicht gelernt. Selbst bei Jugendlichen, die hier geboren wurden, kann man nicht davon ausgehen, daß sie Deutsch können, wenn sie in die Schule kommen. Manche können es immer noch nicht, wenn sie die Schule wieder verlassen. Auch die Sprache des Herkunftslandes ihrer Eltern sprechen diese Jugendlichen nicht mehr richtig, so daß eine Generation von Auswandererkindern heranwächst, die keine Wurzeln mehr in einer bestimmten Kultur hat. Diese jungen Menschen haben nicht nur schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sie sind auch anfälliger für jegliche Art von Verführung, sei es krimineller oder politischer Art. Die Forderung nach Integration hat deshalb vor allem etwas mit der Verbesserung von Lebenschancen für junge Menschen zu tun. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, daß Deutsch lernen muß, wer in Deutschland dauerhaft leben will. Das ist aber zu wenig. Wer hier leben will, muß auch den westlichen Wertekanon anerkennen.

Der Westen kann stolz sein auf die Durchsetzung von Menschen- / und Bürgerrechten. Die Gleichberechtigung der Frau ist inzwischen so selbstverständlich, daß der Begriff schon fast aus unserem Sprachschatz verschwunden ist. Wir akzeptieren die sexuelle Orientierung eines jeden als sein verbrieftes Recht. Das in einigen muslimischen Staaten die Todesstrafe für Homosexualität besteht, kommt uns schon wie ein Stück aus dem finstersten Mittelalter vor, obwohl die Strafbarkeit von männlicher Homosexualität in beiden deutschen Teilstaaten erst in den siebziger Jahren abgeschafft wurde. Die Trennung von Religion und Politik ist für uns so selbstverständlich geworden, daß es uns schwer fällt zu begreifen, daß in einigen Moscheen unseres Landes zum Haß auf die westliche Lebensweise und zum Kampf gegen die Ungläubigen aufgerufen wird.

Pluralität und Toleranz sind die Stärken der westlichen Lebensweise. Leider sind sie allzu oft in Permissivität und Gleichgültigkeit umgeschlagen. Es gibt Stimmen in unserem Land, die meinen, wir hätten etwa die Beschneidung von Mädchen zu dulden, weil sie zur kulturellen Identität einiger hier lebender Afrikaner gehöre. Wir hätten die

Ehrevorstellungen anatolischstämmiger Männer zu akzeptieren, die ihren Töchtern verbieten, am Sportunterricht in der Schule teilzunehmen und sie zwingen, ein Kopftuch in der Öffentlichkeit zu tragen.

Wir wagen es nicht, das Tragen von Kopftüchern in der Schule und für Angestellte des Öffentlichen Dienstes zu verbieten, obwohl das in der Türkei seit langem die Norm ist.

In Anatolien sterben die traditionellen Vielkinderehen allmählich aus, weil sich keine türkische Familie einen solchen Kinderreichtum mehr leisten kann. In Deutschland feiert diese Vielkinderfamilie fröhliche Urständ, weil der Steuerzahler für den Unterhalt dieser Familien aufkommt, wenn sie nicht durch die Arbeit des Familienoberhauptes erhalten werden kann.

Das jüngst von der Großen Koalition beschlossene Familiengeld, ursprünglich geplant, um das westliche Modell der Doppelverdienerfamilie beim Entschluß zum Nachwuchs zu unterstützen und den Verdienstaufschlag, der durch die Betreuung eines Kleinkindes entsteht, zu vermindern, wird nun auf Druck der SPD auch Transferleistungsempfängern zugesprochen, die keinen Verdienstaufschlag haben, weil sie nichts verdienen. So wird das Familiengeld seinen ursprünglichen Zweck nicht erfüllen, ist für die Vielkinderfamilien der Migranten aber unter Umständen ein zusätzlicher Anreiz für noch mehr Nachwuchs.

Glaubt wirklich jemand, die alternden Deutschen könnten ihr Geburtsdefizit auf diese Weise ausgleichen?

Sicher ist nur, daß solche aus falsch verstandenem Gutmenschentum erwachsenen Maßnahmen weiteren Druck auf die ohnehin überlasteten Sozialkassen ausüben werden.

Deutschland tut sich so schwer mit der Formulierung einer Leitkultur, weil die Deutschen selbst nicht mehr wissen, welchem Leitbild sie folgen wollen. Die zupackende Tatkraft der Wirtschaftswunderjahre, die den Wohlstand möglich machte, um den uns der größte Teil der Welt heute noch beneidet, ist längst einer nörgelnden Anspruchshaltung gewichen, die eher hemmt, als daß sie anspornend wirkt. Das hat Folgen.

### **Deutschland in der zweiten Liga**

Seit Jahren schmilzt der produktive Kern Deutschlands, ohne daß Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet wären, diesen besorgniserregenden Prozeß zu stoppen. Die wissenschaftlich-technische Revolution, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs der Welt einen ungeheueren Wohlstands- und Produktivitätsschub bescherte, hat Deutschland nur als Anwender, nicht als Initiator mitgemacht. Neben der Einwanderung in die Sozialsysteme muß Deutschland einen Exodus seiner fähigsten Jugendlichen verkraften. Verantwortungsvolle Eltern raten ihren Kindern immer öfter, ins Ausland zu gehen. Sogar einige ehemalige Ostblockländer wie die Baltischen Tigerstaaten gehören schon zu den bevorzugten Zielen deutscher Unternehmer und Wissenschaftler.

Während die deutschen Kleinstaaten um 1820 der Welt mit Humboldt, Gauß, Daguerre führende Forscher, Wissenschaftler und Erfinder bescherten, bietet das heutige Deutschland vor allem Technikangst und Wissenschaftsfeindlichkeit. Infolge dessen ist Deutschland - statt Wirtschaftslokomotive zu sein, längst im globalen Wettlauf in die zweite Liga abgestiegen, weil es sich nicht den neuen Realitäten anpassen kann oder will.

Schon heute belegt Deutschland, das in den siebziger Jahren noch zur Spitze zählte, nach dem IMD-Management-Institut in Lausanne nur noch Platz 23 und droht weiter abzufallen.

Die Pro-Kopf-Produktion, immerhin die Basis unseres Wohlstandes, ist heute nicht nur ein Drittel niedriger als in Amerika. Deutschland liegt inzwischen auch deutlich hinter der

Schweiz, Österreich, den Benelux-Ländern, Skandinavien, Großbritannien, Frankreich und sogar hinter Irland, das Anfang der 90er Jahre noch als Problemfall der EU galt.

Heute könnte Deutschland von Irland lernen, wie man seine Wirtschaft saniert, den Sozialstaat modernisiert und das Land wettbewerbsfähig macht.

Statt dessen übt es sich gemeinsam mit Frankreich, dem zweiten großen Niedergangskandidaten, in Protektionismus und läßt die Marktwirtschaft weiter in einen beschleunigten Degenerationsprozeß geraten. Das hat bereits zum staatlichen Paternalismus und in ein nicht mehr zu durchdringendes Gestrüpp behördlicher Kontrollen geführt.

Daran sind alle beteiligt: Lobbyisten aus den Verbänden, Arbeitgeber-, und Arbeitnehmervertreter, die Verwaltung und vor allem die Medien, die sich längst eher als Meinungsmacher denn als Nachrichtenübermittler verstehen.

Sie alle bilden eine Art Machtkartell um die öffentliche Meinung zu steuern und das gegenwärtige System von Pfründen und Sozialansprüchen zu verteidigen.

Insgesamt ist ein ungutes, innovationsfeindliches Meinungsklima bei uns entstanden.

Woher kommt das?

Der Fall der Mauer bedeutete gleichzeitig einen Kollaps der Ideologien, die den Kalten Krieg begleitet hatten. Als Staatsideologie war dem Kommunismus die Grundlage entzogen worden. Gleichzeitig war die Projektionsfläche für westliche Anhänger der sozialistischen Ideologie verschwunden. Die Apologetiker des Sozialismus standen blamiert da. Nichts hatte sie auf dieses Ereignis vorbereitet.

So tat sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ein geistiges Vakuum auf.

Die Sprachlosigkeit beschränkte sich keineswegs auf die Linke, auch das bürgerliche Lager fand anfangs keine Worte angesichts dieser großartigen historischen Zäsur.

Als sich die Worte wieder einfanden, war erst stotternd, dann immer entschiedener davon die Rede, daß man von einem Sieg des Kapitalismus, der Marktwirtschaft, oder der parlamentarischen Demokratie nicht reden wolle.

Das war insofern richtig, als sich die freien Demokratien in Europa nie wirklich im Wettbewerb mit den sozialistischen Staaten gesehen haben, eher in einer unbeabsichtigten Konfrontation. Um dieses Phänomen zu begreifen, muß man die Rolle der kulturellen Elite und der Intelligenz näher betrachten.

### **Der Sozialismus lebt**

Nach dem zweiten Weltkrieg war der Gedanke des Sozialismus noch so beherrschend, daß sogar die neu gegründete CDU anfangs einen christlichen Sozialismus anstreben wollte. Auch wenn dieses Ziel, hauptsächlich auf Grund einer Intervention Adenauers, bald beerdigt wurde, blieben Elemente sozialistischen Denkens innerhalb der CDU immer virulent. In den linken Parteien sowieso. Dort war und blieb das sozialistische Prinzip in seiner sozialdemokratischen Variante stets Leitthema.

Die Intelligenz und die kulturelle Elite haben den Sozialismus in allen seinen Formen mehrheitlich unterstützt und tun das noch heute.

Unbeeindruckt durch den Gang und die Lehren der Geschichte, beschäftigen sich die kulturellen Eliten wie zu Zeiten des realexistierenden Sozialismus lieber mit der hypothetischen Zukunft der sozialistischen Idee, als mit den Folgen ihrer praktischen Auswirkungen. Aus diesem Grund haben sie mehrheitlich die Aufarbeitung der Verbrechen des Kommunismus den Verfolgten überlassen und die Ergebnisse kaum zur Kenntnis genommen. Die kulturelle Elite konzentriert sich statt dessen auf die Entlarvung der „Gefahren“ des Kapitalismus, der Marktwirtschaft und von zu viel Freiheit. Warum?

Der Markt räumt den Intellektuellen und Künstlern keine Sonderstellung ein, wie es die kommunistischen Staaten stets getan haben. Sich wie jeder andere auf dem Markt behaupten zu müssen, empfand die kulturelle Elite immer als Zumutung. Sie hat sich stets als etwas Besonderes um nicht zu sagen Besseres gegenüber dem Volk gesehen. In der demokratischen Marktwirtschaft ist sie Gleiche unter Gleichen.

Am 4. November 1989 war es die kulturelle Elite der DDR, die auf dem Berliner Alexanderplatz mit der von ihr organisierten Demonstration versucht hat, die Montagsdemonstrationen im Sinne der Erhaltung der DDR zu kanalisieren.

Damals wurden auch Gregor Gysi (von dem man noch nicht wissen konnte, daß er ein Stasispitzel war) und Markus Wolf, immerhin ein bekannter, wenn auch pensionierter Stasigeneral, aufs Podium gehoben, aber von den Demonstranten ausgepiffen. Beider Karriere konnte erst mit Hilfe der bundesrepublikanischen Intelligenz, besonders der Medien gelingen.

Nach dem Mauerfall versuchte derselbe Personenkreis sich noch einmal mit einem Aufruf zur Rettung der sozialistischen DDR „Für unser Land“, der ebenso wirkungslos blieb.

In den folgenden Jahren haben sich vor allem die Unterzeichner dieses Aufrufs als Kritiker der Marktwirtschaft und der freien Gesellschaft hervorgetan.

Natürlich sagen sie nicht, was sie wirklich stört. Die Marktgesellschaft bevorzugt nicht die Besten und Klügsten, sondern diejenigen, die, in welcher Form auch immer, den Geschmack und die Bedürfnisse von anderen befriedigen. Mehr noch, der Markt funktioniert ohne intellektuelle Unterstützung, ohne ihre Zustimmung. Vom Markt profitieren am meisten diejenigen, die bisher unterprivilegiert waren. Die man im Dunklen nicht sah, treten jetzt ans Licht. Sie erfüllen sich ihre Wünsche nach Urlaubsreisen, ohne Rücksicht auf die bisherigen Privilegien der Reichen und Einflußreichen. Die Privilegierten von gestern haben noch die größten Fincas auf Mallorca, aber die Insel gehört längst allen.

Eliten der Vergangenheit waren Status-Eliten. Ihr Status brachte sie in die Nähe der Macht und hob sie vom Rest der Gesellschaft ab.

Die Eliten von heute sind Leistungseliten, die keine gesellschaftlichen Privilegien genießen und sich am Markt durchsetzen müssen.

Die technischen und die naturwissenschaftlichen Eliten haben wenig Probleme damit.

Die kulturellen und intellektuellen Eliten dagegen hätten nach wie vor gern lieber staatliche Gelder als Gewinne auf dem Markt. Deshalb findet man in dieser Gruppe die aktivsten Kämpfer für einen starken Staat.

### **Gerechtigkeit – ein undefinierter Kampfbegriff**

Natürlich geht es heute nicht mehr um einen klassischen sozialistischen Staat, sondern um eine abgeschwächte Variante, den „Wohlfahrtsstaat“ oder die „soziale

Marktwirtschaft“. Aber auch dieses System basiert auf einer mächtigen Regierung, einer umfassenden Regelung des menschlichen Verhaltens und auf Umverteilung des Einkommens im größtmöglichen Umfang.

Dabei wird eine schamlose Ausbeutung der Leistungsträger anstandslos in Kauf genommen. Schließlich soll die geforderte Umverteilung ja der „Gerechtigkeit“ dienen. Gerechtigkeit ist inzwischen der Kampfbegriff zur Abwehr von Reformen geworden. Wenn sich in Deutschland wirklich etwas ändern soll, dann muß die Frage beantwortet werden, welchen Stellenwert Freiheit und Gerechtigkeit im fairen Miteinander der Bürger haben sollen.

Verschiedene Meinungsumfragen der letzten Jahre scheinen zu belegen, daß die Wertschätzung der Freiheit abnimmt und Gerechtigkeit in der Skala ganz oben steht.

Das hat damit zu tun, daß der Begriff der Gerechtigkeit nie kritisch hinterfragt, sondern unkritisch als uneingeschränkt positiver Wert betrachtet wird.

Solange das so ist, wird es schwer gelingen, für die Erlangung von mehr persönlicher Freiheit und weniger staatlicher Bevormundung Abstriche bei dem durchzusetzen, was als individuelle Gerechtigkeit empfunden wird. Auch wenn alle möglichen Bürgerinitiativen heute schon mit Blick auf notwendige Reformen mehr Freiheit und Selbstverantwortung fordern, empfindet die Mehrheit der Bürger diese Freiheit eher als Bedrohung ihrer Besitzstände, deren Erhaltung ihnen von der Politik jahrzehntelang versprochen wurde.

Es ist eine traurige Tatsache, daß außerhalb des Rechtsstaatsbereiches Freiheit und Selbstbestimmung noch keineswegs den Stellenwert haben, wie er einem zukunftsfähigen Staats-, und Gesellschaftsverständnis entspricht.

Natürlich kann man hoffen, daß die junge Generation, die anders als ihre Eltern schon frühzeitig erfährt, was es heißt, sich im Wettbewerb durchzusetzen und die längst nicht mehr so staatsfixiert ist, für einen Mentalitätswandel sorgen wird.

Das wird aber noch ein paar Jahre dauern, die wir unter Umständen nicht haben. Deshalb ist es wichtig, durch eine gesellschaftliche Debatte diesen Mentalitätswechsel zu befördern.

Um diese Debatte erfolgreich führen zu können ist Mut zur Ehrlichkeit oberstes Gebot. Zur Ehrlichkeit gehört es auszusprechen, daß die wachsende Geldnot des Staates, durch die stetig steigenden Sozialausgaben verursacht wird. Bei einer Sozialleistungsquote von geschätzten 63 bis 66 Prozent, das sind knapp zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben, kann von einem Mangel an Gerechtigkeit wirklich nicht die Rede sein. Es sei denn, man fände es ungerecht, daß die Leistungserbringer dieses Landes für alles aufkommen müssen, ohne wirkliche Gegenleistungen dafür zu bekommen.

Der überproportionierte Sozialhaushalt Deutschlands bedeutet, daß die freiheitliche Demokratie immer mehr zugunsten einer „Gerechtigkeit“, die sich nach den Bedürfnissen derer orientiert, die mit Sozialleistungen versorgt werden, eingeschränkt wird. Das heißt, daß selbständiges Handeln in der Wirtschaft und in der Gesellschaft immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird, weil die Umverteilungsmaschinerie bedient werden muß.

Das System funktioniert nur, weil es so überkomplex ist, das man es praktisch nicht durchschauen kann. Jeder scheint irgendwie eine Vergünstigung zu bekommen, also vom Ganzen zu profitieren. Dieses Gefühl ist besonders wichtig für jene, die einzahlen. Solange ein eigener Vorteil dabei zu sein scheint, wird es als erträglich empfunden. Auf ähnliche Weise gelang es der DDR Führung lange Zeit, das Land ruhig zu halten. Jede einzelne gesellschaftliche Gruppe hatte irgendein kleines oder größeres Privileg, das sie nicht verlieren wollte. Insgesamt führte diese Privilegienwirtschaft zu einer Sicherung der

Machtverhältnisse. Dem gleichen Zweck dient der Umverteilungsmechanismus in der Demokratie. Er schafft ein komplexes System von Abhängigkeiten und Begünstigungen, das die Herrschenden, in diesem Fall die jeweils gewählten Regierungsparteien, bevorteilt. Da aber auch die politische Opposition niemals leer ausgeht, haben die Parteien wenig Interesse daran, das System zu ändern.

Von daher erklärt sich die Unlust der CDU, sich kritisch mit dem Gerechtigkeitsbegriff und dem Umverteilungswahn der Linken auseinander zusetzen.

Allerdings sind in einer Demokratie die herrschenden Parteien anders als in Diktaturen, abhängig vom Stimmverhalten der Wähler. Das engt wiederum ihre Entscheidungsfreiheit ein. Wer sich allzu weit von den Bedürfnissen seines Klientels entfernt, riskiert es, bei den nächsten Wahlen abgestraft zu werden. Inzwischen sind solche Abstrafungen an der Wahlurne fast zum Ritual geworden. Den wenigsten Wählern ist dabei bewußt, daß sie mit ihrem Stimmverhalten zur Einengung des politischen Spielraumes beitragen. Wenn sich selbst die vorsichtigste Einschränkung des Umverteilungswahns sofort durch den Verlust von Wählerstimmen bemerkbar macht, ist kaum ein Politiker bereit, notwendige Einschnitte vorzunehmen.

Die größte Gefahr, die das Umverteilungssystem birgt ist die, daß die Demokratie zur Disposition gestellt werden könnte, wenn mal die Versorgung ausfällt.

### **Kultur der Selbständigkeit**

Der Ausweg aus diesem Dilemma ist eine Abkehr von der Versorgungsmentalität. Eine freiheitliche Demokratie kann es nur mit einer Kultur der Selbständigkeit geben. Diese Kultur der Selbständigkeit wird ohne entsprechende geistige Voraussetzungen nicht entstehen. Das ist gewiß nicht einfach in einem Klima, in dem es schon als Zerstörung des Sozialstaates und der solidarischen Gemeinschaft gebrandmarkt wird, wenn jemand die eigentlich selbstverständliche Erwartung äußert, daß alle Bürger im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die Verantwortung für die Gestaltung ihres eigenen Lebens übernehmen sollen.

Schon daran wird sichtbar, wie sehr es inzwischen die Norm ist, Freiheit und Eigenverantwortung an den Staat zu delegieren und im Gegenzug zu erwarten, daß der seine Bürger von der Wiege bis zu Bahre vor den Unbilden des Lebens bewahrt. Deshalb löst die Aussicht wieder mehr Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, vielfach keine Zustimmung, sondern Ängste aus.

Die deutsche politische Klasse, aber auch Deutschlands Intellektuelle haben in Krisen immer wieder versagt: Sei es 1914, 1933 oder vor dem Zusammenbruch der DDR. Es gehört zu den Erfahrungen unseres Landes, das immer erst dann gehandelt wird, wenn die Katastrophe unmittelbar bevorsteht und daß dieses Handeln dann seinerseits als Katastrophe empfunden wird. Nur: Wenn die Probleme nicht gelöst werden – das kann man am Zusammenbruch der DDR studieren – suchen sich die Probleme ihre Lösungen selbst mit solch unerwarteten Ergebnissen, wie es der Mauerfall und der folgende totale Kollaps des Staatssozialismus waren. Gerade der Mauerfall zeigt aber auch, daß solche erdrutschartigen Ereignisse jede Menge neue Energien freisetzen.

Im Herbst 1989 schüttelte die als langweilige und träge geltende Bevölkerung der DDR ihre Lethargie ab und schickte sich an, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Mit viel Humor und Kreativität wurden die gestern noch allmächtig Herrschenden erst verspottet und dann in die Bedeutungslosigkeit entlassen. Vorher Undenkbbares wurde damals möglich. Die handlungsunfähigen Behörden, denen die Befehlsgeber abhanden gekommen waren, wurden ersetzt durch die flächendeckend entstandenen Runden Tische. Damals wurden tausendfach ungeahnte Talente entdeckt und neue Karrieren aufgebaut. Die Bereitschaft zum Handeln, auch wenn dabei Fehler gemacht werden,

wurde zur Triebfeder der Entwicklung. Vom Staat erwartete man nichts mehr, von sich selbst alles. So erbrachten die DDR-Bürger ungewollt den Beweis, daß sich eine freie Gesellschaft nicht durch die Addition ihrer Ansprüche an den Staat auszeichnet, sondern durch die Fähigkeit ihrer Bürger zur Selbstverantwortung. Veränderungen wurden mit Mut zum Risiko angepackt – und das ganz ohne Rückversicherung.

Leider war der Aufbruch der DDR-Bürger spätestens mit der Ankunft der Westgelder beendet. Die rasante Entwicklung hin zur Einheit brachte fast täglich Veränderungen im Alltagsleben mit sich, die einen erheblichen Teil der Lebensenergie beanspruchte. Mit dem neuen Geld kamen die Annehmlichkeiten des westlichen Wohlstandes: Telefone, Autos, Videorecorder, Wäschetrockner, Badfliesen, Bananen und jede Menge unbekanntes Obst.

Nach der Vereinigung veränderten sich alle gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen: Alte verschwanden, neue entstanden. Das Leben jedes Einzelnen wurde buchstäblich umgekrempelt. Allmählich erlahmte der Gestaltungswille der meisten. Man konnte, zumindest was die materiellen Güter betraf, alles bekommen, ohne es sich selbst erarbeiten zu müssen. Nach der Vereinigung kam es durch die Ausdehnung des sozialen Netzes der alten Bundesrepublik auf die ehemalige DDR und die Schwindel erregend steigenden Löhne und Gehälter zu einem sprunghaften Wohlstandszuwachs.

Nur scheinbar paradoxerweise verschlechterte sich mit steigendem Wohlstand die Stimmung. Die Aufbruchseuphorie von 1989/90 wurde ersetzt durch jene depressive Lähmung, die seitdem für breite Teile der Bevölkerung der Neuen Länder charakteristisch ist. Unzufriedenheit und Verdruß traten an die Stelle der Stärkung und der Zuversicht, die man eben noch gespürt hatte. Aus tatendurstigen aufbauwilligen Menschen waren nimmersatte Transferleistungsempfänger geworden.

Heute, 16 Jahre nach der Vereinigung gibt es keine vertretbare Alternative mehr dazu, den Bürgern wieder mehr Selbstverantwortung abzuverlangen. Dafür muss man erst einmal die Mehrheit davon überzeugen, daß sie viel leistungsfähiger sind, als sie von sich selbst glauben. In der alten Bundesrepublik hilft vielleicht die Erinnerung an die Wirtschaftwunderjahre und die Erkenntnis, daß die damaligen Fähigkeiten nicht abhanden gekommen, sondern allmählich eingeschlafen sind, als man sich der Illusion hingab, auch mit weniger Leistung und Fleiß ließe sich der Wohlstand ewig mehren.

In den neuen Bundesländern muß die Aufbruchstimmung von 1989/90 revitalisiert werden. Wenn wieder genügend Menschen bereit sind, ihr Potential an Fähigkeiten voll auszuschöpfen, wird das eine positive Rückwirkung auf die Stimmung im Lande haben. Es ist allemal besser, stolz auf die eigene Leistung zu sein, als sich über Geschenke freuen zu müssen.

Deshalb kann eine neue Leitkultur im vereinten Deutschland nur eine Kultur der Selbstständigkeit sein.

Anpacken, statt die Hand aufhalten wäre eine gute Devise, um Deutschland einen Spitzenplatz im vereinten Europa zu sichern.

Stand: Juni 2006

Lebenslauf

- 1952 geboren in Sondershausen, Thüringen 1958 Umzug nach Berlin, seit 1980 in Pankow
- 1970-1975 Studium der Geschichte und der Philosophie in Leipzig und Berlin.



- 1975-1979 Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften der DDR , Zentralinstitut für Philosophie, erstes Parteiverfahren, wegen Abweichlertums, Zwangsversetzung an das Institut für Wissenschaftliche Information
- 1980-1983 Lektorin am Verlag Neues Leben
- Seit den Siebziger Jahren aktiv in der Opposition gegen das SED-Regime,
- 1981 Mitbegründerin eines der ersten halblegalen Oppositionskreise der DDR, des Pankower Friedenskreises, seitdem Mitorganisatorin aller wichtigen Veranstaltungen der Friedens- und Umweltbewegung der DDR
- 1983 zweites Parteiverfahren wegen Mitarbeit in der Bürgerrechtsbewegung, Ausschluß aus der SED, Berufsverbot, Reiseverbot,
- 1988 Verhaftung wegen versuchter Teilnahme an der offiziellen Liebknecht-, und Luxemburgdemonstration mit eigenem Plakat
- Verurteilung wegen „Versuchter Zusammenrottung“, nach einem Monat Haft Abschiebung in den Westen, Aufenthalt in England , Studium der Philosophy of religion am St. Jones College Cambridge
- 1989, am Morgen des 9. November Rückkehr in die DDR, abends beim Mauerfall an der Bornholmer Straße dabei
- Mitglied der Verfassungskommission des Runden Tisches
- 1990 Mitglied der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer der DDR
- 1990 Aachener Friedenspreis
- 1996 Mitbegründerin des Bürgerbüros für die Verfolgten der DDR-Diktatur, seitdem im Vorstand
- 2003 Mitbegründerin des Gedenkstättenvereins des Stasigefängnisses Hohenschönhausen , seitdem im Vorstand
- 1990-2005 Mitglied des Deutschen Bundestages , Ausschüsse: Verteidigung, Umwelt, Wirtschaft, Kultur Untersuchungsausschuß Verschwundenes DDR-Vermögen. Seitdem freischaffende Autorin in Berlin-Pankow. Autorin zahlreicher Bücher und Publikationen; umfangreiches Vortragsangebot, eigene Netzseite